

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 6

Artikel: Zum Programm bin ich der Meinung...
Autor: Kreisky, Bruno
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339545>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bruno Kreisky

Zum Programm bin ich der Meinung . . .

Redaktionelles Vorwort

Die österreichischen Sozialisten haben anfangs Mai 1979 einen grossartigen Sieg errungen, ist es ihnen doch gelungen, zum drittenmal die absolute Mehrheit im Parlament zu gewinnen und sie sogar noch auszubauen. Einen hervorragenden Anteil an diesem Erfolg darf Bundeskanzler Kreisky für sich buchen. Es wäre völlig verfehlt, in diesem Staatsmann etwa nur den vorwiegenden Praktiker und Pragmatiker zu sehen. Im Gegenteil: Kreisky hat nach wie vor auch eine enge Beziehung zur Theorie. Er schöpft seine Kraft gerade aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen der grossen, theoretisch orientierten Sozialisten Österreichs, wie Max Adler, Otto Bauer, Karl Renner und anderer. Um so interessanter ist es zu vernehmen, wie sich Kreisky zum neuen Programm seiner Partei stellt. Mögen seine grundsätzlichen Gedanken dazu beitragen, dass die Revision unseres Programms – mit der sich die SPS offenbar schwertut – gefördert wird.

R. L.

Als die Diskussion über das neue Parteiprogramm begann, wurde öfters die Frage «Wozu?» gestellt. War sie in diesem Umfang wirklich notwendig?

Ich habe seinerzeit aus zwei Gründen angeregt, dass wir uns an die Arbeit für ein neues Programm machen sollten: Erstens habe ich mir das Programm der Partei wieder einmal angeschaut und dabei festgestellt, dass es darin Dinge gibt, die man sicher auch in zehn oder zwanzig Jahren nicht verwirklichen kann, weil sie einfach nicht mehr der Realität entsprechen. Ich habe deshalb meinen Freunden gesagt: Wenn wir unser Programm ernst nehmen wollen, müssen wir es auf seine Aktualität hin überprüfen. Zum zweiten ist mir bei der Lektüre des Programms aufgefallen, dass es keine Antwort auf jene neuen Probleme gibt, die mit einer Dringlichkeit aufgetaucht sind, wie man sie kaum je erwartet hat – die Umwelt- und Wachstumsproblematik zum Beispiel, die neuen Entwicklungen im Kommunismus usw. Diese Fragen liessen es mir geboten erscheinen, dem Parteivorstand meine Vorschläge zu unterbreiten.

Offene Partei — ernst genommen

Das Ganze wurde aber zu einer sehr langwierigen Angelegenheit. Warum?

Wir sind diesmal auf eine ganz neue Art an die Programmarbeit herangegangen. Statt der früher üblichen Vorgangsweise, den Entwurf durch

eine kleine Kommission erarbeiten zu lassen, haben wir uns diesmal an jüngere, problembewusste Genossen gewandt und ihnen gesagt, dass sie auf Grund ihrer Überlegungen einen «Problemkatalog» zusammenstellen sollen. Zusätzlich sollten sie Experten aus dem In- und Ausland einladen, ihre Überlegungen vorzutragen. Und so sind einige der bedeutendsten Intellektuellen der Welt hier gewesen und haben dargelegt, wie sie die Probleme sehen, was zweifellos zu einer zusätzlichen Bereicherung geführt hat. Das war eine durchaus neue Sache, und wir haben damit auch dem Begriff der «Offenen Partei» in einem höheren Sinn Rechnung getragen: Wir sind nicht nur offen für alle, die zu uns kommen wollen, sondern auch für alle, die einen geistigen Beitrag zur Programmatik der Partei leisten wollen.

So entstand der «Problemkatalog» als Gemeinschaftsarbeit unter der Führung von Genossen Matzner, dessen Leistung ich nicht hoch genug einschätzen kann. Wir haben sehr gut zusammengearbeitet, obwohl er weit weg vom politischen Establishment ist und ich wahrlich mitten drin bin. Nachdem der «Problemkatalog» fertig war, konnten wir uns an die eigentliche Programmarbeit machen. Da es gelungen ist, dabei den grössten Teil der Mitglieder des Parteivorstandes einzuschalten, kam es zu einer fruchtbaren Konfrontation von sehr theoretisch ausgerichteten Genossen und jenen, die fast nur praktisch wirken.

Im Parteivorstand wurde der so erarbeitete Entwurf nochmals diskutiert und dann beim Parteirat in Graz veröffentlicht. Dass es dort keine langen Diskussionen gegeben hat, führte zu einigen Missverständnissen. Aber es war nicht der Zweck der Beratungen des Parteirates, die Diskussion der Partei zu präjudizieren. Hätten wir die Diskussion in den Parteirat verlegt, wäre nur erreicht worden, dass jene Genossen, die in den Führungsgremien der Partei sind, sich dort sozusagen verausgaben, statt dass sie dort diskutieren und ihren Beitrag leisten, wo sie ihre Wurzeln haben. In mindestens tausend Veranstaltungen wurde das Programm nicht nur diskutiert, sondern es wurden auch sehr konkrete Stellungnahmen erarbeitet. Dazu kommen noch die vielen Anregungen, die nicht in Form von Anträgen zu uns gelangt sind. Wenn zum Beispiel ein Mann wie Nell-Breuning Stellung genommen hat und auch aus vielen anderen Kreisen Beiträge gekommen sind, so heisst das wiederum, dass das Wort von der «Offenen Partei» ernst genommen wird. Nie vorher ist ein Programm einer Partei in dieser Breite diskutiert worden, wobei es immer klar war, dass es sich um ein sozialistisches Programm handelt und nicht um irgendeine Denkschrift.

Hier wird nichts abgeschworen

Soll dieser Diskussionsstil auch künftig beibehalten werden?

Dieser Stil ist Ausdruck jener Zielvorstellung, für die ich von allem Anfang an als Parteivorsitzender eingetreten bin und den wir auch unabhängig von der Programmdiskussion praktizieren, wenn wir zum Beispiel

in der Renner-Stiftung Leute einladen, die andere nicht einladen. Vielleicht gibt es deshalb heute schon einige Leute ausserhalb der Partei, die sich geistig bei uns ein bisschen zu Hause fühlen. Dieser Stil ist geradezu die Essenz meiner politischen Vorstellung, nämlich die Partei aufzumachen und sie nicht so, wie es andere verstanden haben, wie eine Kaderpartei zu schliessen. Wir wissen ja, was in den kommunistischen Staaten aus Kaderparteien geworden ist, und wir wissen, dass auch in demokratischen Staaten sozialdemokratische Parteien sehr leicht erstarren und zu exklusiven Funktionärsparteien werden können. Das schien mir die allergrösste Gefahr für unsere Partei zu sein, weil dadurch auch ein geistiger Verödungsprozess ausgelöst würde.

Und wo sehen Sie die Grenzen für diese Öffnung?

Das alles kann natürlich nur geschehen, wenn man sich anderseits sehr bemüht, das, was wir unter demokratischem Sozialismus verstehen, eindeutig zu fassen. Daher musste dieses Programm auch sehr viel deutlicher sagen, was wir unter sozialer Demokratie oder unter demokratischem Sozialismus verstehen. Ich habe das auch den Herren der Kirche in St. Pölten gesagt: «Sie kritisieren an dem Programm das eine oder das andere – es sei zu sehr marxistisch, es enthalte zuviel marxistisches Gedankengut –, aber es handelt sich um kein Programm, das von der katholischen Kirche approbiert werden muss, sondern um das Programm einer demokratisch-sozialistischen Partei, und das soll es bleiben.» Aus politischem Opportunismus wird hier nichts abgeschworen, ganz im Gegenteil: Will man die Offenheit einer Partei bewahren, bedarf es grösster intellektueller Klarheit.

Der politische Opportunismus, von dem Sie sprechen, resultiert aber doch aus dem Bestreben, Wähler zu gewinnen, die sozialdemokratischen Zielvorstellungen bisher skeptisch oder ablehnend gegenüberstehen. Anderseits verpflichtet das Parteiprogramm zu gesellschaftspolitischen Veränderungen. Stehen diese beiden Aufgaben einander nicht im Wege?

Wenn man unsere Zielvorstellungen nicht klar zum Ausdruck bringt und auch dementsprechend handelt, können natürlich gewisse Schwierigkeiten entstehen. Aber sie sind meiner Meinung nach durch die offene Art, in der wir unsere Ansichten deklarieren und diskutieren, ausgeschlossen worden. Niemand kann sagen, dass wir unsere Ziele verheimlichen. Es spricht für die Tragfähigkeit der Ideen unserer Bewegung, dass so viele deklarierte Nichtsozialisten sich mit so vielem aus dem Programmentwurf identifizieren konnten. Dazu hat es auch in der Diskussion mit der Kirche interessante Äusserungen gegeben. Und es hat sich auch gezeigt, wie schwer sich einige tun, wenn sie begründen sollen, warum sie gegen gewisse Dinge sind, die für uns den Inbegriff elementarer sozialistischer Grundsätze darstellen.

Verstaatlichung ist nicht alles

Der Passus aus dem Programm von 1958 über die Vergesellschaftung grosser Unternehmen scheint im neuen Entwurf nicht mehr auf. Werden damit bisher geltende Grundsätze aufgegeben?

Ich war sehr erstaunt, dass diese neue Programmformulierung von jenen kam, die als links gelten und die sich als Linke verstehen. Sie stammt nicht von mir, aber ich glaube, dass sie ihre Berechtigung hat. Erstens gibt es Entwicklungen, die zur Zeit von Marx noch nicht da waren: die Anonymisierung des Kapitals, dieser Aufspaltungsprozess, den Galbraight sehr deutlich dargelegt hat, die Aufspaltung von Eigentum und Verfügungsgewalt über Eigentum, wie wir sie in der modernen Industriegesellschaft in der Technostruktur erleben. Das zeigt sehr deutlich, dass die Frage, wem ein Unternehmen gehört – sofern es überhaupt einen eindeutigen Eigentümer gibt –, für uns nicht mehr dieselbe Bedeutung haben kann, wie dies früher der Fall war. Ich bemerke das auch in der Praxis, seit ich mit der verstaatlichten Industrie zu tun habe. Die Rechte des Eigentümers Staat sind juristisch sehr gering. Und die Macht der Organe des Vorstandes und dann des Aufsichtsrates ist ungleich grösser als die des Eigentümers. Für uns stellt sich deshalb die Frage, wie sich die Gesellschaft in Unternehmen durchsetzen kann, die vergesellschaftet sind. Ich weiss sehr genau, dass eine Koalition etwa des Managements eines grossen Unternehmens mit den Betriebsräten eine Macht darstellt, die für den Eigentümer sehr unangenehm sein kann. Das hat grosse und sehr wichtige praktische Konsequenzen. Man muss nur daran denken, wie schwer es ist, zum Beispiel den notwendigen Ausgleich zwischen einem Betrieb, der von der Hochkonjunktur profitiert, und einem anderen durchzuführen, der zeitweilig in Schwierigkeiten geraten ist. Da stossen wir an Grenzen, und daher muss man sehr viel mehr nachdenken, wie man bei vergesellschafteten Betrieben den Einfluss des gesellschaftlichen Faktors vergrössern kann. Die Antwort, dass dies Aufgabe des Staates sei, ist leider zu vereinfachend.

Weiters: Der Umstand, dass der Staat ein Unternehmen besitzt, muss noch lange keinen Fortschritt darstellen. Ich möchte nur darauf verweisen, dass ein grosser Teil der Schwerindustrie in Franco-Spanien verstaatlicht war. Deswegen wies die Gesellschaft noch keine besseren Züge auf als in einer Demokratie mit sehr viel Privatkapital. Die Vergesellschaftung an sich kann sogar – wie wir es ja in den kommunistischen Ländern erlebt haben – zu einer totalen Despotie führen. Daher haben die Genossen recht, wenn sie sagen, dass Verstaatlichung nicht alles ist. Die Frage ist lediglich, ob das auch bedeutet, dass wir unter gar keinen Umständen mehr vergesellschaften wollen. Das bedeutet das keineswegs. Aber man muss sich überlegen, welche Eigentumsform für welchen Zweck jeweils die beste ist und ob das, was wir gegenwärtig an Administration des vergesellschafteten Eigentums haben, ausreicht. Dazu ist meine Antwort aus der Praxis klar und eindeutig nein. Dass es bei uns gut geht in der Ver-

staatlichten und in England zum Beispiel schlechter, hängt mit dem Reifegrad der Arbeiterschaft zusammen, mit dem Umstand, dass sie in diesen Betrieben ein hohes Mass an Mitbestimmung hat, und mit der Klugheit und Parteiverbundenheit der Betriebsräte und Gewerkschafter. Wäre das nicht gegeben, würden wir furchtbare Kalamitäten haben.

Unser Reformismus

Das neue Programm ist das Programm der Regierungspartei. Ist es auch das Regierungsprogramm einer SPÖ-Alleinregierung?

Ein Parteiprogramm ist in dem Masse gut, als es erlaubt, aus ihm Programme für einzelne Bereiche abzuleiten. Wir haben nun die Aufgabe, dort, wo es sie nicht schon gibt, abgeleitete Programme für unsere Regierungstätigkeit zu erstellen, die mit dem Parteiprogramm konform gehen. Die Vorstellung, dass ein Parteiprogramm das eine und ein Regierungsprogramm etwas ganz anderes ist, würde die Glaubwürdigkeit unserer Partei erschüttern. Eine sozialistische Regierung muss bereit sein, das zu realisieren, was im Parteiprogramm steht. Das ist unsere Aufgabe, und daraufhin muss man uns immer wieder prüfen.

Beim Programm, das für einen Zeitraum von ungefähr 20 Jahren gelten soll, handelt es sich um die neue Sicht dessen, was man früher verächtlich «Reformismus» genannt hat. Heute gibt es den damit verbundenen Streit aus vielen Gründen nicht mehr. Was es gibt, ist in unserem Programm sichtbar geworden. Es gibt Reformen, die im System der gegenwärtigen Gesellschaft bleiben, und solche, die über sie hinausweisen. Wann nun eine Reform systemimmanent ist, lässt sich nicht immer mit Eindeutigkeit bestimmen, ebensowenig, wann eine Reform über das Gesellschaftssystem, in dem wir leben, hinausweist. Es kann durchaus sein, dass hier das dialektische Prinzip gilt, wonach die Quantität der Reformen in eine andere Qualität umschlägt. Es kann ja niemand bestreiten, dass es ein Riesenunterschied ist, ob ein Staat von seinen Finanzen 15 oder 40 Prozent für Zwecke des Wohlfahrtsstaates ausgibt. Das sind ganz einfach andere Staaten mit anderen moralischen Massstäben.

(Formuliert wurden die Fragen an Bruno Kreisky von der Redaktion der Monatsschrift «Die Zukunft» [Organ der SPÖ].)